

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 35 (2016)
Heft: 68

Artikel: Reclaim Democracy
Autor: Ringger, Beat / Zwicky, Pascal
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-780984>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Reclaim Democracy

Vom 2. bis 4. Februar 2017 findet an der Universität Basel der Kongress «Reclaim Democracy» statt. An vier Plenarveranstaltungen und in mehr als vierzig Ateliers wird diskutiert, wie Demokratie gegen die Ökonomisierung der Politik und gegen Fremdenhass wieder stark gemacht und zu einem tatsächlich emanzipatorischen Projekt weiterentwickelt werden kann. Der Kongress wird organisiert vom Denknetz Schweiz in Kooperation mit dem Seminar für Soziologie der Universität Basel und weiteren 25 Hochschulinstituten, Organisationen und sozialen Bewegungen aus der Schweiz, Deutschland und Österreich.

Die breite Trägerschaft des Kongresses ist bemerkenswert. Es ist leider noch immer eine Seltenheit, dass die verschiedenen Strömungen und AkteurInnen innerhalb der Linken zu übergreifenden Debatten zusammenfinden. Zwar gibt es gerade in der Schweiz eine starke Tradition, im Rahmen von Demonstrationen, Referenden, Abstimmungskämpfen punktuell zusammenzuarbeiten. Demgegenüber steht jedoch eine relativ starke Milieubildung (etwa aktivistische Milieus versus institutionalisierte politische AkteurInnen wie Parteien oder Gewerkschaften). Der Kongress «Reclaim Democracy» in Basel will Gelegenheiten schaffen, um Debatten über diese Grenzen hinweg zu führen und gemeinsame politische Horizonte auszuloten, ohne dabei Differenzen unter den Tisch zu kehren.

Wie kam es zu diesem Kongress?

Entstanden ist die Idee eines grossen Kongresses unter dem Motto «Reclaim Democracy» im Rahmen des Denknetzes. In zahlreichen internen Debatten, Veranstaltungen und Publikationen beschäftigt sich das Denknetz seit einiger Zeit regelmässig mit zwei Themen, die in Basel in einen Zusammenhang gebracht werden sollen: das Kapern der Demokratie durch rechtspopulistische Parteien und die Krise der Linken.

Wir müssen einen europaweiten Aufstieg einer «neuen» Rechten zur Kenntnis nehmen, die ein «völkisches» Konzept der Demokratie verfolgt.

Parteien wie der französische Front National, die Alternative für Deutschland (AfD), die britische UK Independence Party (UKIP) oder die Schweizerische Volkspartei SVP inszenieren sich als die einzig wahren VolksvertreterInnen, die sich gegen die Missachtung des «Volkswillens» durch die Eliten wehren. Spätestens nachdem hierzulande die von der SVP lancierten Minarett-, Ausschaffungs- und Masseneinwanderungsinitiative angenommen wurden, steht das schweizerische Modell der direkten Demokratie auf der Wunschliste vieler europäischer RechtspopulistInnen. Daraus ergeben sich weitreichende und schwierige Fragen, etwa zum Verhältnis von Demokratie und Menschenrechten oder zum «Missbrauch» direktdemokratischer Mittel.

Während sich die «neuen» Rechten also als FreundInnen der Demokratie gebärden, agiert die Linke im Zusammenhang mit Demokratiefragen zurückhaltend, teilweise gar konfus. Es scheint sich angesichts der direktdemokratischen Erfolge der Rechten eine kritische Distanz gegenüber dem aufklärerischen Ideal der Demokratie eingeschlichen zu haben. Während es die Rechte schafft, politische Leidenschaften zu entfachen und vielen Menschen eine – in weiten Teilen reaktionäre – Gesellschaftsvision anzu-preisen, fehlt es den progressiven Kräften an einem gesamtgesellschaftlichen Projekt, für das sie sich gemeinsam, hartnäckig und glaubhaft einsetzen. Was bleibt, ist ein Abwehrkampf, welcher die in der Nachkriegszeit gewonnenen wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften und demokratischen Freiheiten gegenüber den Angriffen von neoliberaler und nationalkonservativer Seite zu verteidigen versucht. So berechtigt und wichtig diese Abwehrkämpfe sind, ohne Kopplung an ein eigenes, gegenhegemoniales Projekt, das auf eine emanzipatorische Entwicklung der gesamten Gesellschaft abzielt, bleibt die Linke in der Defensive und verliert weiter an Boden.

Reclaim Democracy ist der Vorschlag, Demokratie – oder besser: die Ausweitung der Demokratie – zum Anker eines solchen Hegemonieprojektes zu machen. Der Vorschlag, die Demokratie als tragendes gesellschaftliches Konzept von links «zurückzuerobern», basiert auf einem noch immer andauernden Diskussionsprozess innerhalb des Denknetzes, der mit einer ersten Formulierung von Thesen Mitte 2015 gestartet worden ist (Herzog u. a. 2015). In diesem Prozess wurde uns rasch deutlich, dass die bürgerliche Demokratie als Protodemokratie zu kritisieren ist – trotz der Freiheiten, die sie vielen Menschen (vorab im Globalen Norden) verschafft hat. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die kapitalistische Wirtschaft als entscheidende gesellschaftliche Substruktur die demokratische Verfassung von Gesellschaften systematisch unterläuft. Solange wir es zulassen, dass die Zwänge der Kapitalverwertung und das Diktat von Unternehmensleitungen die gesellschaftliche Entwicklung massgeblich steuern, werden wir nicht über den Status einer Protodemokratie hinauskommen. Deshalb ist

die Demokratisierung der Wirtschaft heute eine zentrale Forderung eines gegenhegemonialen Projekts. Die Stärkung der Demokratie zielt auf die Überwindung des Kapitalismus, auf eine Demokratie, die die Ökonomie mit einschliesst. Unseres Erachtens muss deshalb das Konzept einer Wirtschaftsdemokratie weit mehr umfassen als «nur» die Demokratisierung der Wirtschaft; es geht dabei um die Verwirklichung von Demokratie überhaupt. Ein Beispiel: Die demokratische Kontrolle und Lenkung der Finanzinstitute (Banken, Fonds usw.) ist nicht nur eine Ausweitung von Demokratie, sie ist vielmehr unerlässlich, um die Gesellschaften aus der fundamentalen Abhängigkeit von den Finanzmarktakteuren zu befreien, in die sie vor allem in den Jahren des Neoliberalismus geraten sind.

Eine starke Demokratie, wie wir sie anstreben, muss substanziell sein. Die Menschen müssen als Bürgerinnen und Bürger einen realen und eben substanziellen Einfluss auf die Gestaltung ihrer Lebensbedingungen und der gesellschaftlichen Verhältnisse nehmen können. Formale Rechte reichen dazu nicht aus. Am Kongress wird es nicht zuletzt darum gehen, zu diskutieren und zu benennen, was wir unter dieser «Substanz» verstehen. Kann etwa das aus Lateinamerika stammende Konzept des Buen Vivir, über das in Basel diskutiert werden wird, dazu Hilfe bieten? Und schliesslich: Auch wenn formale Rechte nicht ausreichen, bleiben Rechte absolut notwendig. Als universelle Menschenrechte sind sie untrennbar verbunden mit jeder Form einer starken, emanzipatorischen Demokratie. Diese Verbindung entzieht nicht zuletzt jeglichen Ideen einer «völkischen Demokratie» ihre Legitimation. Auch das soll ein wichtiges Thema des Kongresses sein.

Breite Trägerschaft, vielfältiges Programm

Die Idee, mit einem Kongress diese Debatten in einem breiten fortschrittlichen Kreis zu führen, ist auf eine erfreuliche Resonanz gestossen. Eine elfköpfige Gruppe, in der sich Leute aus unterschiedlichen politischen Strömungen und Milieus zusammenfinden, hat in den letzten Monaten das vielfältige Programm des Kongresses zusammengestellt. In vier Plenarveranstaltungen sollen Schwerpunktthemen des Kongresses mit internationalen Gästen diskutiert werden. Am Donnerstagabend hält Alberto Acosta, früherer Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors, ein Referat zum Thema «Demokratie und Buen Vivir». Srećko Horvat, kroatischer Philosoph und Koordinator von DiEM25, sowie Birgit Sauer sprechen am Freitag zum Thema «Europa und die Demokratie des Alltags». Ebenfalls am Freitag referiert Gurminder Bhambra, Professorin für Soziologie an der Universität von Warwick (UK) zum Thema «Rassismus, Nationalismus, De-

mokratie». Im vierten Plenum zum Thema «Demokratie, Bewegung, Partei» wird die Frage aufgeworfen, wie progressive Gesellschaftsprojekte heute zum Durchbruch gebracht werden können. Jodi Dean, US-Professorin für Politikwissenschaften, diskutiert unter anderem mit Avji Simorglu, Cédric Wermuth und Spyros Marchetos.

Neben den Plenarveranstaltungen werden in Basel über vierzig Ateliers und Seminare angeboten, in denen nicht nur Wissen zu diversen demokratierelevanten Aspekten vermittelt wird, sondern die vor allem auch den Austausch und das Entwickeln gemeinsamer Ideen und Perspektiven ermöglichen sollen. Wir hoffen, dass der Kongress wichtige aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen abbildet und von ihm gleichzeitig neue Impulse ausgehen werden. Um dies zu erreichen und damit Reclaim Democracy als politische Spurlegung auch gehört wird und Wirkung entfacht, braucht es eine breite Beteiligung. Wir zählen und freuen uns auf eure Teilnahme!

Programm, Anmeldung und weitere Informationen unter www.reclaim-democracy.org.

Literatur

Herzog, Roland/Ringger, Beat/Zwicky, Pascal, 2015: Demokratie als Notwendigkeit und Programm. In: Baumann, Hans u. a. (Hg.): Zerstörung und Transformation des Gemeinwesens. Denknetz Jahrbuch 2015, 116–139

RECLAIM DEMOCRACY

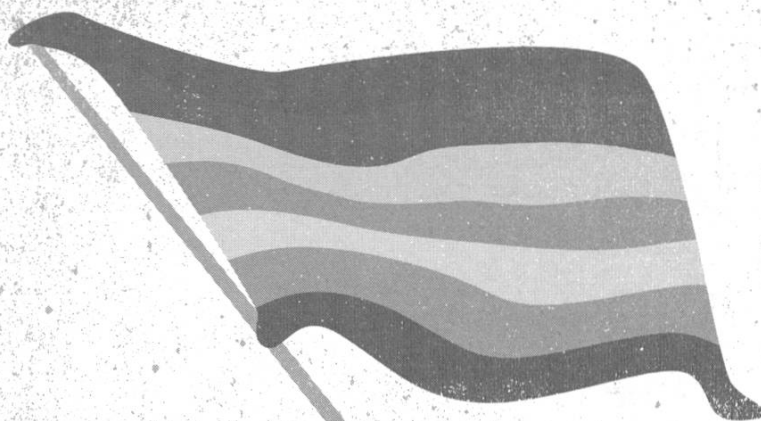
KONGRESS

2.-4. FEBRUAR 2017

UNIVERSITÄT BASEL

4 PLENARVERANSTALTUNGEN
40 SEMINARE UND ATELIERS

Mit Alberto Acosta, Jodi Dean,
Srećko Horvat, Gurminder Bhambra,
Birgit Sauer, Ulrich Brand,
Bilgin Ayata, Christa Wichterich,
Cédric Wermuth und vielen mehr



WWW.RECLAIM-DEMOCRACY.ORG



KONGRESS

RECLAIM DEMOCRACY

**Donnerstag | 2. Februar 2017 | 14.00 Uhr
bis Samstag | 4. Februar 2017 | 24.00 Uhr
Universität Basel | Petersplatz 1**

Vier Plenarveranstaltungen

Substanzielle Demokratie und Buen Vivir
Europa und die Demokratie des Alltags
Rassismus-Nationalismus-Demokratie
Demokratie-Bewegung-Partei

40 Ateliers und Seminare zu Themen wie

Geschichte der Demokratie | Demokratie, Care, Gender |
Demokratie, Markt, Komplexität, Populismus | Tumult als
Garant von Demokratie | TTIP, TISA | Wirtschaftsdemokratie |
Demokratie und Big Pharma | Ungleichheit, Finanzmärkte
und Demokratie | Plebiszitäre Demokratie | Demokratie,
Menschenrechte, Migration | Urban Citizenship | Streik- und
Rätebewegungen | Demokratie, Medien, Big Data | Demo-
kratie, Bildung, akademischer Betrieb

Nur in einer umfassenden Demokratie

- können Menschenrechte, Freiheitsrechte
und Frieden durchgesetzt,
- kann die kollektive Verantwortung für die Umwelt
wahrgenommen,
- können globale Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich
erkämpft,
- können Konflikte auf Augenhöhe gelöst werden.

Von einer solchen Demokratie sind wir weit und zunehmend
weiter entfernt. Der Kongress 'Reclaim Democracy' ist der Ort
für Debatten darüber, wie Demokratie gestärkt werden kann.

Dreitages-Pass: Fr. 100.- | für Denknetzmitglieder Fr. 80.-

für Nicht- oder Wenigverdienende Fr. 40.-

Reserviere dir jetzt deinen Dreitages-Pass: **www.reclaim-democracy.org**

Organisation:

Denknetz Schweiz

in Kooperation mit dem Seminar
für Soziologie der Universität Basel,
dem Politikwissenschaftlichen
Seminar der Universität Luzern,
dem Institut für Politikwissenschaft
der Universität Wien, der Faculté
des sciences de la société de
l'Université de Genève,
DemocracyNet.eu, dem Kolleg
Postwachstumsgesellschaft
(Uni Basel und Jena), Widerspruch,
Neue Wege, Multiwatch,
Décroissance, attac, Planet 13|Liste
13 Basel, Solifonds, Autonome
Schule Zürich, WIDE Switzerland,
Syndicom, VPOD, Unia, Labornet,
Demos, Friedrich-Ebert-Stiftung,
Institut Solidarische Moderne,
Rosa-Luxemburg-Stiftung

